

## **Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß)**

**zu dem Antrag der Fraktion der SPD  
— Drucksache 12/744 —**

### **Moratorium für Rüstungsexporte in den Nahen und Mittleren Osten**

#### **A. Problem**

Der Antrag der Fraktion der SPD zielt darauf ab, einen amerikanischen Vorschlag im Repräsentantenhaus, der den Stopp aller amerikanischen Waffenverkäufe in den Nahen und Mittleren Osten sowie in die Golfregion vorsieht, durch ein deutsches Rüstungsexportmoratorium zu unterstützen.

#### **B. Lösung**

Ablehnung des Antrags der Fraktion der SPD.

**Annahme gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Abwesenheit der Vertreter der Gruppen PDS/Linke Liste und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

#### **C. Alternativen**

Keine

#### **D. Kosten**

Keine

**Beschlußempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag der Fraktion der SPD für ein Moratorium für Rüstungs-  
exporte in den Nahen und Mittleren Osten — Drucksache  
12/744 — abzulehnen.

**Der Ausschuß für Wirtschaft**

**Friedhelm Ost**

Vorsitzender

**Peter Kittelmann**

Berichterstatler

## Bericht des Abgeordneten Peter Kittelmann

Der Antrag der Fraktion der SPD — Drucksache 12/744 — wurde in der 41. Sitzung des Deutschen Bundestages am 19. September 1991 federführend an den Ausschuß für Wirtschaft überwiesen.

Der federführende Ausschuß für Wirtschaft hat den Antrag der Fraktion der SPD in seiner Sitzung am 25. September 1991 anberaten. Dabei verlangten die Koalitionsfraktionen aufgrund der weitergehenden Wirkung des Antrages der Fraktion der SPD die Zurückstellung desselben, um zu einem späteren Zeitpunkt ausführlicher beraten zu können. Insbesondere aufgrund der Unbestimmtheit des Ausdrucks „Rüstungsgut“ im Antrag stelle sich hier die Frage, ob damit alle Güter gemeint sind, die in den Bereich des „Dual-Use“ gehören. Hier sei vielmehr eine Konkretisierung erforderlich. Die Fraktion der SPD erklärte, es gehe bei Rüstungslieferungen gerade darum, eine

rasche Entscheidung herbeizuführen, besonders im Hinblick auf Waffenlieferungen in die Region des Golfkrieges.

Der Ausschuß beschloß die Beratung des Antrags auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben.

Der Antrag der Fraktion der SPD wurde in der Sitzung am 9. Oktober 1991 abschließend beraten und mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Abwesenheit der Vertreter der Gruppe PDS/Linke Liste und der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Die Fraktion der SPD forderte die Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, einen einseitigen Verzicht auf Waffenlieferungen generell in die Region des Golfkrieges herbeizuführen.

**Peter Kittelmann**

Berichterstatte

